

„Theaterkompromiss nur ein erster Schritt“

VA 05.02.19

Die Fraktion der Linken beantragt zur heutigen Stadtratssitzung gemeinsam mit der CDU die Einberufung einer Zukunftskommission für das Theater Plauen-Zwickau.

Plauen – Nachdem die Fraktion der Linken in der Stadtratssitzung im Januar den Entwurf des neuen Grundlagenvertrages für das Theater Plauen-Zwickau abgelehnt und einen gemeinsamen Antrag mit der CDU zum besseren Mitspracherecht bei grundlegenden Entscheidungen zum Theater eingebracht hatte, steht nun der überarbeitete Vertrag erneut zur Abstimmung. Die Fraktion werde diesem Entwurf zustimmen, teilt Geschäftsführerin Petra Rank namens der Fraktion im Vorfeld der heutigen Stadtratssitzung zur Entscheidung vorliegenden Entwurfes mit. Rank ergänzt, dass die Stadt Zwickau nun auf Grundlage des gemeinsamen Antrages von Linken und CDU einen Kompromissvorschlag unterbreitet habe. So wurden wichtige Punkte beim Mitspracherecht, die insbesondere die Zukunft des Theaters betreffen, in die Minderheitsreglung aufgenommen. „Aus unserer Sicht hätte dies schon viel

eher erfolgen können, wenn die Diskussion nicht solange hinter verschlossenen Türen stattgefunden hätte“, wiederholt Rank den Standpunkt ihrer Partei.

Aus den Gesprächen der Fraktionsvorsitzenden Claudia Hänsel mit der Theaterleitung, der Belegschaft und den Zwickauern Stadträten seien Vorschläge unterbreitet worden, um eine gemeinsame Lösung zu finden. Mit dem neuen überarbeiteten Vertragsentwurf können diese Bedenken nun zum größten Teil ausgeräumt werden.

„Die Linken-Fraktion kämpft seit vielen Jahren um den Erhalt des produzierenden Mehrspartentheaters und die ausreichende Finanzierung durch das Land, damit Tariflohn gezahlt werden kann. Der längst überfällige Schritt der Landesregierung ist vorerst nur bis zum Jahr 2024 gesichert. Danach muss wieder über die Finanzierung neu verhandelt werden, da die Kommunen das nicht allein stemmen können“, blickt Rank voraus. Gemeinsam mit der CDU-Fraktion werde man in der heutigen Stadtratssitzung den Antrag stellen, die Zukunftskommission zur Erarbeitung einer Perspektivstrategie (die bereits im Stadtrat 2015 beschlossen wurde) bis April 2019 einzuberufen und den Stadtrat quartalsweise über den Arbeitsstand zu informieren.